

**Antrag 78/II/2024****KDV Friedrichshain-Kreuzberg + FA II - EU-Angelegenheiten****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sicherheitspaket ohne Spaltung - Sozialleistungen als Grundlage von Solidarität**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-  
2 desregierung und des Bundestages dazu auf, sich dafür  
3 einzusetzen, dass die im „Sicherheitspaket“ vorgeschlage-  
4 nen Regelungen zur Einschränkung von Sozialleistungen  
5 für Asylsuchende verhindert bzw. zurückgenommen wer-  
6 den.

7

**8 Begründung**

9 Die Leistungskürzungen betreffen insbesondere Geflüchtete,  
10 die bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat regis-  
11 triert wurden. Diese Regelung stellt eine große Belastung  
12 für das solidarische Miteinander in der Europäischen Uni-  
13 on dar. Wird diesen Geflüchteten der Zugang zu Sozialleis-  
14 tungen verwehrt, sobald der zuständige Mitgliedsstaat  
15 der Rückübernahme zugestimmt hat, wird der solidari-  
16 sche Verteilschlüssel der europäischen Asylpolitik massiv  
17 geschwächt. Dies untergräbt nicht nur die bisherige Poli-  
18 tik der Bundesregierung, sondern setzt ein gefährliches Si-  
19 gnal für die zukünftige Zusammenarbeit auf europäischer  
20 Ebene und bietet die Grundlage für andere EU-Staaten,  
21 das Dubliner Übereinkommen weiter zu unterminieren.

22

23 Die Auswirkungen auf die Betroffenen wären verheerend.  
24 Geduldete Geflüchtete, die oftmals keine Arbeitserlaub-  
25 nis erhalten, würden ihrer Lebensgrundlage in Deutsch-  
26 land beraubt, ohne dass dies zu einer erhöhten Rückfüh-  
27 rung in ihre Heimatländer führen würde, da entsprechen-  
28 de Abkommen mit vielen dieser Länder nach wie vor nicht  
29 bestehen. Anstatt Kriminelle zu treffen, marginalisieren  
30 diese Maßnahmen Menschen, die vor Krieg, Terror und  
31 Verfolgung geflohen sind.

32

33 Zusätzlich trägt die Bundesregierung mit dem „Sicher-  
34 heitspaket“ zur Stärkung eines Generalverdachts gegen  
35 Geflüchtete bei. Dies unterstützt populistische Narrati-  
36 ve, die Asylsuchende pauschal als Bedrohung darstellen.  
37 Besonders problematisch ist, dass ukrainische Geflüch-  
38 tete explizit von diesen Regelungen ausgenommen sind,  
39 was den Eindruck verstärkt, dass Gewalt und Kriminalität  
40 vor allem Geflüchteten nicht-europäischer Herkunft zuge-  
41 schrieben werden. Diese Ungleichbehandlung fördert ras-  
42 sistische Diskurse und untergräbt das Prinzip der Gleich-  
43 behandlung.

44

45 Als Sozialdemokrat\*innen müssen wir dafür einstehen,  
46 dass Asylpolitik auf Solidarität, Respekt und Menschlich-  
47 keit basiert. Die pauschale Diskriminierung bestimmter

48 Gruppen und die Schwächung der sozialen Absicherung  
49 von Schutzsuchenden stellt einen gefährlichen Bruch mit  
50 diesen Prinzipien dar. Statt das Asylrecht durch restriktive  
51 Maßnahmen zu schwächen, müssen wir für eine gerech-  
52 te und solidarische Lösung auf europäischer Ebene eintre-  
53 ten, die Schutzsuchenden ein Leben in Würde ermöglicht  
54 und die Ursachen von Flucht bekämpft.